

Inhalt

- 2 Brüssel:** Die Europäische Kommission hat eine Befragung zur Mehrwertsteuer bei öffentlichen und gemeinwohldienlichen Einrichtungen gestartet.
- 3 Nachwuchs:** Gerade fünf Jahre alt und schon Deutschlands größte Immobilienhochschule – die EBZ Business School blickt auf erfolgreiche Anfangsjahre zurück.
- 4 Norddeutschland:** Für das Jahr 2014 planen die Mitglieder des Verbands norddeutscher Wohnungsunternehmen Investitionen von rund 1,3 Milliarden Euro.

Wohnungswirtschaft begrüßt geplante Aufstockung des Programms Soziale Stadt

Berlin – Die Wohnungswirtschaft begrüßt ausdrücklich, dass die Bundesregierung nun erste wohnungswirtschaftliche Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umsetzen und das Programm Soziale Stadt aufstocken will. Die neue Bundesbauministerin Dr. Barbara Hendricks hatte im Zuge der Diskussionen um die sogenannte Armutszuwanderung am 6. Januar 2014 angekündigt, das Förderprogramm „viel besser und verlässlicher“ auszustatten. Das entspricht einer langen und intensiven Forderung des GdW. Besonders gute Beispiele für soziale Aktivitäten in den Stadtquartieren zeigt auch der aktuell ausgelobte Preis Soziale Stadt.



In der Hamburger Schülerfirma VEDDELERLEBEN organisieren sich, unterstützt von der SAGA GWG, Schüler mit und ohne Migrationshintergrund – dafür gab es den Preis Soziale Stadt 2012.

„Die Städte stehen vor großen Herausforderungen in der Integrationspolitik“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen. „Das Programm Soziale Stadt kann einen wichtigen Beitrag bei der Integration von Zuwanderern leisten. Darüber hinaus ist es aber ebenso wichtig, benachteiligte Stadtteile zu unterstützen, in denen die sozialen Probleme nicht in direktem Zusammenhang mit der Zuwanderung stehen.“

„Benachteiligte Quartiere brauchen besondere Aufmerksamkeit“, erklärte der GdW-

Chef. „Die sozialen Probleme in den Stadt- und Wohnquartieren werden sich in den nächsten Jahren verstärken.“ Die Zahl der Armen und Ausgegrenzten nimmt in benachteiligten Quartieren zu. Zudem steigt die Zuwanderung nach Deutschland wieder markant an, die Integration von Zuwanderern in die Nachbarschaften bleibt eine Daueraufgabe. Vor allem in Westdeutschland treffen soziale und ethnische Segregation aufeinander und stellen für die Integrationspolitik eine besondere Herausforderung dar. Viele über mehrere Jahre angelegte städtebaulich, sozial-,

Weiter auf Seite 2 ➔

Aktuelle Meldungen

Griechenland eröffnet EU-Ratspräsidentschaft

Griechenland hat mit einem Festakt am 8. Januar 2014 in Athen offiziell die EU-Ratspräsidentschaft für das erste Halbjahr 2014 von Litauen übernommen. Zu den Hauptzielen des Euro-Krisenlands in den nächsten sechs Monaten zählen ein strikter Sparkurs, Wachstum und die Bekämpfung der illegalen Migration, wie die *Süddeutsche Zeitung* berichtete. Das Budget für den EU-Vorsitz soll mit rund 50 Millionen Euro das kleinste sein, seit es eine EU-Präsidentschaft gibt. (wi)

Erneuter Bevölkerungsanstieg für 2013 erwartet

Nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes ist die Einwohnerzahl Deutschlands im Jahr 2013 erneut angestiegen. Lebten am Jahresanfang noch gut 80,5 Millionen Personen in Deutschland, waren es am Jahresende voraussichtlich knapp 80,8 Millionen Personen. Damit wird es das dritte Jahr in Folge eine Zunahme der Bevölkerung gegenüber dem Vorjahr geben. Ursache hierfür sind die erneut hohen Wanderungsgewinne gegenüber dem Ausland. (wi)

Mehr Erwerbstätige

Im November 2013 waren nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes insgesamt 42,2 Millionen Personen mit Wohnort in Deutschland erwerbstätig. Das waren 245.000 Personen oder 0,6 Prozent mehr als im November 2012. Erwerbslos waren im November 2013 2,13 Millionen Personen, 94.000 weniger als ein Jahr zuvor. (wi)

Europäische Kommission startet Befragung zur Mehrwertsteuer öffentlicher und gemeinwohldienlicher Einrichtungen

Brüssel – Die Europäische Kommission hat eine Konsultation zum Thema „Überprüfung bestehender Mehrwertsteuer-Rechtsvorschriften zu öffentlichen Einrichtungen und Steuerbefreiungen für dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten“ eröffnet, die bis zum 14. Februar 2014 läuft. Die Wohnungswirtschaft ist über die Mehrwertsteuerbefreiung bei der Vermietung direkt – und über mehrwertsteuerreduzierte öffentliche Dienstleistungen wie Abfallwirtschaft et cetera indirekt – betroffen.

Die Kommission hat im Dezember 2011 eine Mitteilung (KOM(2011) 851) über die Zukunft der Mehrwertsteuer (MwSt) verabschiedet, in der sie die Grundzüge eines neuen MwSt-Systems sowie Tätigkeitsschwerpunkte zur Gestaltung eines einfacheren, effizienteren und robusteren MwSt-Systems in der Europäischen Union (EU) festlegt. Einer der Schwerpunkte in diesem Zusammenhang ist die Bewertung und mögliche Änderung der für den öffentlichen Sektor geltenden MwSt-Vorschriften einschließlich der Sonderregelungen für Einrichtungen des öffentlichen Rechts und der Steuerbefreiungen für dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten. Als Reformoptionen wurden vorgestellt:

- Vollbesteuerung öffentlicher Einrichtungen und dem Gemeinwohl dienender Tätigkeiten

- Voller Vorsteuerausgleich („Erstattungssystem“) auf EU-Ebene
- Streichung von Sonderregelungen für öffentliche Einrichtungen (Artikel 13 der MwSt-Richtlinie) bei gleichzeitiger Beibehaltung von sämtlichen oder der Mehrzahl der derzeitigen Steuerbefreiungen für dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten
- Sektorale Reform
- Mögliche (zusätzliche) punktuelle Änderungen der geltenden Vorschriften
- Zur Vorbereitung einer möglichen künftigen Rechtssetzungsinitiative in diesem Bereich hat die Kommission zwei wirtschaftliche Studien in Auftrag gegeben und im Januar 2013 mit den Mitgliedstaaten im Rahmen der Gruppe „Zukunft der MwSt“ sowie mit Sachverständigen im Rahmen der MwSt-Expertengruppe

Gespräche geführt; zudem wurde im April 2013 in Italien eine Fiscalis-Interessenträgerkonferenz zu diesem Thema abgehalten.

Im Rahmen der Vorbereitung einer Folgenabschätzung (impact assessment) in diesem Zusammenhang leitet die Kommission die öffentliche Konsultation ein, um allen beteiligten Kreisen erneut Gelegenheit zu geben, zu diesem Thema Stellung zu nehmen. Der Fragenkatalog befindet sich im Konsultationsdokument unter Ziffer 6.

(öne/schi) ■

➔ **Das Konsultationspapier sowie die Mitteilung (KOM(2011) 851) finden Sie auf ec.europa.eu/taxation_customs unter „Konsultationen“ → „Steuerkonsultationen“**

EU-weite Vergabeverfahren: Schwellenwerte aktualisiert

Brüssel – Die Europäische Kommission hat zum 1. Januar 2014 die Schwellenwerte für EU-weite Vergabeverfahren erneuert:

- für Liefer- und Dienstleistungsaufträge der obersten oder oberen Bundesbehörden sowie vergleichbarer Bundeseinrichtungen: 134.000 Euro (bisher 130.000 Euro)
- für alle anderen Liefer- und Dienstleistungsaufträge: 207.000 Euro (bisher 200.000 Euro)
- für Bauaufträge: 5,186 Millionen Euro (bisher fünf Millionen Euro)

- für Liefer- und Dienstleistungsaufträge im Sektorenbereich: 414.000 Euro (bisher 400.000 Euro)

Die Berechnung der (neuen) Schwellenwerte beruht auf dem durchschnittlichen Tageskurs des Euro im Zeitraum vom 1. September 2011 bis 31. August 2013.

(öne/schi) ■

➔ **Weitere Infos finden Sie auf www.bundesanzeiger-verlag.de/vergabe unter „Aktuelles“ → „Nachrichten“ sowie eine umfassende Darstellung zum Schwellenwert im Vergaberecht auf ec.europa.eu/internal_market unter „Öffentliches Auftragswesen“ → „Richtlinien für Auftraggeber“ → „Derzeit geltende Vorschriften...“**

➔ Fortsetzung von Seite 1

bildungs- und arbeitsmarktpolitisch integrierte Maßnahmen laufen in den Quartieren infolge der letzten Mittelkürzungen beim Programm Soziale Stadt aus. Mit sensibler Belegungspolitik, Quartiersmanagement und Nachbarschaftarbeit versuchen Kommunen und Wohnungsunternehmen, den sozialen Frieden in den Nachbarschaften zu erhalten.

„Es besteht jetzt endlich die Chance, dass gerade die Kommunen, die es am dringendsten nötig haben, die Mittel aus dem Programm Soziale Stadt tatsächlich nutzen

können“, sagte Gedaschko. Denn nicht ganz zufällig sind es die Kommunen mit einer hohen Zuwanderung, die sich vielfach in einer Haushaltsnotlage befinden. Ihnen fehlt bislang schlicht das Geld für die erforderliche Mitfinanzierung des Bundesprogramms. „Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, muss nun sichergestellt werden, dass Kommunen in Haushaltsnotlage nicht von der Förderung ausgeschlossen sind“, so der GdW-Chef.

Um anhand guter Beispiele Lösungswege aufzuzeigen, wie soziale Aktivitäten vor Ort in den Stadtquartieren gefördert werden

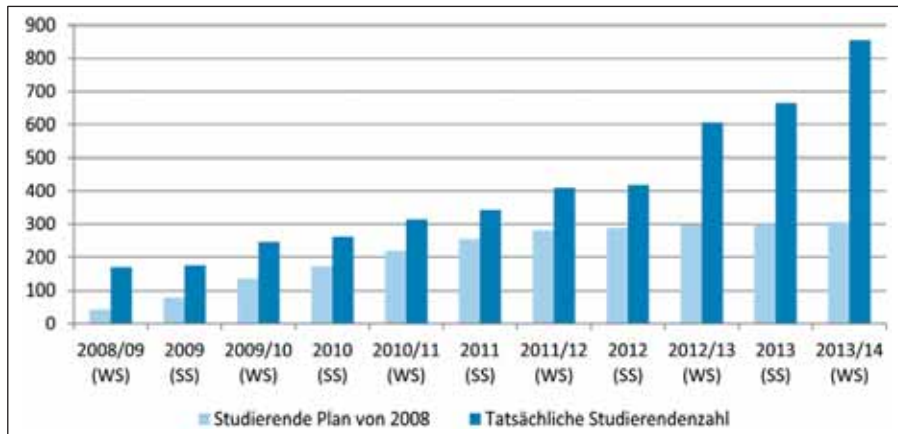
können, ist aktuell der Preis Soziale Stadt gemeinsam vom Deutschen Städtetag, dem AWO Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, dem GdW, dem vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung und dem Deutschen Mieterbund ausgelobt worden. Bis zum 15. März 2014 können Projekte eingereicht werden, die aufzeigen, wie das soziale Miteinander in den Nachbarschaften gefördert und Integrationserfolge gesichert werden können.

(burk/schi) ■

➔ **Weitere Infos zum Preis Soziale Stadt finden Sie unter www.preis-soziale-stadt.de**

Deutschlands größte Immobilienhochschule feiert Jubiläum: Fünf Jahre EBZ Business School

Bochum – Sie ist gerade fünf Jahre alt geworden und schon Deutschlands größte Immobilienhochschule. Am 1. Dezember 2008 nahm die EBZ Business School – University of Applied Sciences mit drei Bachelor- und Masterstudiengängen ihren Betrieb auf. Die EBZ Business School kann auf fünf erfolgreiche Jahre zurückblicken. Doch auch der Weg nach vorne ist offen: Zum fünfjährigen Jubiläum wurde sie durch den Wissenschaftsrat erfolgreich für die nächsten fünf Jahre, mit einer Option auf 10 Jahre, akkreditiert.



Quelle: EBZ Business School

Prognostizierte und tatsächliche Entwicklung der Studierendenzahlen der EBZ Business School

Auch wenn die EBZ Business School erst fünf Jahre jung ist, baut sie auf einer langjährigen Tradition der immobilienwirtschaftlichen Lehre und Forschung auf. Seit 1957 qualifiziert die Muttereinrichtung, das EBZ – Europäisches Bildungszentrum der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, mit einer Vielzahl von Aus-, Fort- und Weiterbildungsangeboten für die Branche. Auch die immobilienwissenschaftliche Forschung hat in Bochum Tradition: Seit 1969 wurde zunächst durch das Forschungsinstitut AWOS Forschungsarbeit geleistet, die dann durch das Nachfolgeinstitut InWIS intensiviert wurde.

Mit der Gründung der EBZ Business School als staatlich anerkannte Hochschule reagierte das EBZ auf die steigenden Qualifikationsanforderungen in der Immobili-

enwirtschaft. Den Impuls zur Gründung einer eigenen Hochschule gab der Vorstandsvorsitzende des EBZ, **Klaus Leuchtmann**, der auch als Gründungskanzler die Hochschule aufbaute: „Die Fach- und Führungsmannschaften in den Wohnungs- und Immobilienunternehmen stehen vor einem Generationswechsel. Die Veränderungen auf den Immobilienmärkten und die gestiegenen rechtlichen, betriebswirtschaftlichen, technischen und ökologischen Anforderungen an die Unternehmen verlangen nach hervorragend qualifizierten Nachwuchskräften. Außerdem können die Arbeitgeber der Immobilienwirtschaft mit den Studienangeboten ihrer eigenen Hochschule talentierten jungen Leuten im Wettbewerb um die besten Talente eine attraktive Qualifizierungsperspektive bieten“, so Leuchtmann.

Die EBZ Business School ist seit ihrer Gründung im Jahr 2008 zu einer festen Größe in der deutschen Hochschullandschaft geworden. Ihr „Renner“, der Bachelorstudiengang Real Estate, zu dem sich zum Wintersemester 112 Studierende eingeschrieben haben, wird seit Anfang 2013 auch bundesweit als Fernstudium angeboten. Die Präsenzveranstaltungen dieser beiden Studiengänge werden nicht nur am Standort Bochum, sondern in Zusammenarbeit mit den immobilienwirtschaftlichen Verbänden in Norddeutschland zudem am Studienzentrum Hamburg angeboten. Wer branchenübergreifende Berufsperspektiven anstrebt, kann den Bachelorstudiengang Business Administration belegen. Eine besondere Studiengruppe bildet Nachwuchskräfte für die Wirtschaftsprüfung aus. Für höhere Aufgaben qualifizieren zwei Masterstudiengänge: der bewährte und erfolgreiche Masterstudiengang Real Estate Management sowie die innovative Masterstudiengang Projektentwicklung.

855 Studierende lernen derzeit an der EBZ Business School – geplant waren bei der Gründung für diesen Zeitpunkt 360. „Ich glaube, es ist nicht vermessen, zu erwarten, dass wir in 10 Jahren bei den Studierendenzahlen die 1000er Marke überschritten haben werden“, so Prof. Dr. **Volker Eichener**, Rektor der EBZ Business School. „Wir werden weitere innovative Studiengänge anbieten, darunter auch den Master Real Estate Management als Fernstudium.“
(wink/schi) ■

VERANSTALTUNG

18. Januar 2014, Berlin

Baukulturwerkstätten 2014: „Gemischte Quartiere“

Zum Auftakt der neuen Reihe „Baukulturwerkstätten“ untersucht die Bundesstiftung Baukultur am 18. Januar 2014 in der Akademie der Künste am Hanseatenweg in Berlin Erfolgskriterien für lebenswerte gemischte Quartiere und zukunftsweisende Wohnformen. Zentrale Punkte der ersten Werkstatt „Gemischte Quartiere“ sind innovative Arbeitsfelder und Strategien, aber auch Bedingungen und Voraussetzungen für gelungene urbane Wohn- und Lebensräume. 12 kompakte Vorträge zu vorbildlichen nationalen und internationalen Projekten aus Architektur, Wohnungsbau und Stadtentwicklung geben Impulse, die anschließend in Workshops gemeinsam mit den Referenten diskutiert werden. Im Anschluss werden die Ergebnisse der Diskussionsrunden im Plenum präsentiert, debattiert und zusammengefasst. Am Vorabend lädt die Bundesstiftung Baukultur alle Teilnehmer zu einem Get-Together ins Watergate in Berlin-Kreuzberg ein. Die Werkstatt I „Gemischte Quartiere“ findet in Kooperation mit der Akademie der Künste und in Partnerschaft mit dem GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen statt.

(jun/schi) ■

➔ Weitere Infos zu Programm und Anmeldung finden Sie unter www.bundesstiftung-baukultur.de

Wohnungsunternehmen in Norddeutschland wollen 2014 rund 1,3 Milliarden Euro investieren

Hamburg – Für das Jahr 2014 planen die insgesamt 314 im Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW) organisierten Wohnungsgenossenschaften und -gesellschaften den Bau von über 3.000 neuen Wohnungen. Für Neubau, Modernisierung und Instandhaltung wollen die Unternehmen in Hamburg 700 Millionen Euro, in Schleswig-Holstein 260 Millionen Euro und in Mecklenburg-Vorpommern 350 Millionen Euro investieren.

Rund zwei Millionen Euro pro Tag wollen die 90 Hamburger VNW-Unternehmen 2014 investieren. Sie planen, mit dem Bau von 1.900 Wohnungen zu beginnen. Aktuell liegt die durchschnittliche Nettokaltmiete bei den insgesamt 284.000 Wohnungen der Hamburger VNW-Mitgliedsunternehmen bei 5,94 Euro. „Das Bündnis für das Wohnen nimmt weiter Fahrt auf“, erklärte VNW-Verbandsdirektor Dr. Joachim Wege. „Wir leisten mit 1.900 neuen Wohnungen unseren versprochenen Beitrag. Die Bezirke haben in 2013 10.000 Baugenehmigungen erteilt und damit das Ergebnis von 2012 mit 8.731 Genehmigungen deutlich übertroffen.“

Der Neubau bezahlbarer Mietwohnungen werde jedoch durch drastische Grundstücks- und Baukostensteigerungen gefährdet. Ursachen dafür sind auch staatliche Überregulierungen wie beispielsweise die Energieeinsparverordnung (EnEV) 2014, DIN-Normen und überbordende Auflagen durch die Bezirksausschüsse. „Die knappe Zielvorgabe des Immobilienmanagements, Grundstücke für nur circa 2.500 Wohnungen jährlich zu verkaufen, und die zögerliche Schaffung von Baurecht bei bezirklich identifizierten Entwicklungsflächen beschleunigen den Anstieg der Grundstückspreise“, so Wege.

„Die von der Großen Koalition in Berlin beschlossenen Eingriffe in das Mietrecht dürfen nicht zur Investitionsbremse werden“, so Wege weiter. „Die CRES-Studie aus dem August 2013 und der Hamburger Mietenspiegel 2013 belegen, dass

die Mieten in Hamburg weder explodieren noch generell zu hoch sind. Das gilt im besonderen Maße für unsere Verbandsunternehmen, deren Bestands- und Wiedervermietungsrenten deutlich unter den vergleichbaren Mieten der privaten Anbieter und des Mietenspiegels liegen. Damit wirken sie als ‚Mietpreisbremse‘. Dies sollte bei der Baulandausweisung und Grundstücksvergabe stärker berücksichtigt werden. Die Förderung von Neubau durch sozialverantwortliche Wohnungsunternehmen ist immer noch der beste Mieterschutz.“

Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern: Neubau zieht an

Die 71 VNW-Mitgliedsunternehmen in Schleswig-Holstein planen für 2014 den Baubeginn von knapp 1.000 Wohnungen. Diese entstehen vor allem in Kiel, Lübeck, Neumünster, Flensburg, auf der Insel Sylt sowie im Hamburger Umland. „Wir beobachten eine Belebung des Wohnungsneubaus in Schleswig-Holstein“, so Wege. „Im Zeitraum Januar bis Oktober 2012 wurden 8.700 Baugenehmigungen erteilt, im gleichen Zeitraum 2013 stieg diese Zahl auf 9.857. Diese Tendenz wird zu einem Anstieg bei den Baubeginnen führen. Die von uns mit dem Innenministerium im Januar 2013 unterzeichnete Offensive für bezahlbares Wohnen in Schleswig-Holstein greift, sollte aber auf die kommunale Ebene ausgeweitet werden. Für 2014 erhoffen wir uns durch aktualisierte Förderbedingungen des Landes sowie durch kommunale Weichenstellungen weitere Entlastungen auf den Wohnungsmärkten in Schleswig-Holstein.“

Die 153 kommunalen und genossenschaftlichen Mitgliedsunternehmen des VNW in Mecklenburg-Vorpommern planen für 2014 den Baubeginn von über 450 Wohnungen. Schwerpunkte sind neben Bad Doberan und Grevesmühlen die Mittel- und Oberzentren Rostock, Greifswald, Schwerin, Neubrandenburg, Güstrow, Hagenow und Parchim.

„Unsere Verbandsunternehmen haben seit der Wende weit über 10 Milliarden Euro in die Qualität ihrer Wohnungen investiert“, erklärte VNW-Verbandsdirektor Wege. „Seit 1990 haben sie zudem über zwei Milliarden Euro allein für Quartiersverbesserungen im Wohnumfeld ausgegeben.“ Bei der Bestandspflege bildeten jetzt Modernisierungen mit moderneren Bädern und Küchen, energiesparenden Heizungen, neuen Fenstern oder nachträglich eingebauten Aufzügen den Schwerpunkt ihrer Investitionen.

„Für 2014 strebt der VNW gemeinsam mit der Landesregierung und anderen Verbänden eine ‚Allianz für das Wohnen mit Zukunft Mecklenburg-Vorpommern‘ an, um gemeinsam Lösungen für die anstehenden sozialen und ökologischen Probleme zu entwickeln und umzusetzen“, so Wege. „Das Erfolgsmodell Stadtumbau Ost muss mindestens bis zum Jahr 2019 fortgeführt werden. Der demografische Wandel erfordert besondere Konzepte für Städte wie für den ländlich geprägten Raum. Dieser darf nicht ‚leerlaufen‘. Die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen muss gewahrt bleiben, keine Region darf abgehängt werden.“

(hit/schi) ■

NACHRUF

Trauer um Prof. Dr. Eduard Mändle



Foto: HFWU

Der langjährige ehemalige Rektor der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt in Nürtingen-Geislingen (HFWU), Prof. Dr. Eduard Mändle, ist am 21. Dezember 2013 im Alter von 77 Jahren in Geislingen gestorben. Eduard Mändle prägte die Entwicklung der einstigen Fachhochschule Nürtingen, der heutigen Hochschule für Wirtschaft und Umwelt, wie kaum ein anderer. Bereits 1966 kam Mändle als Dozent an die damalige Ingenieurschule für Landbau und wurde dann später Professor für Volkswirtschaftslehre und Genossenschaftswesen an der Fachhochschule Nürtingen. 1977 wurde Eduard Mändle zum Rektor der Nürtinger Fachhochschule gewählt und leitete anschließend die Hochschule 24 Jahre lang über mehrere Amtszeiten. Als Mändle 2001 in den Ruhestand verabschiedet wurde, hinterließ er eine Hochschule, die sich von einer traditionellen Ingenieurschule mit rund 400 Studierenden zu einer Fachhochschule mit über 3000 Studierenden und zwölf Studiengängen entwickelt hatte. Eine Vielzahl wissenschaftlicher Publikationen, darunter Standardwerke wie das Genossenschaftslexikon und das Lexikon der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, stammen aus seiner Feder. Viele Jahre lang war Dr. Mändle in Aufsichtsräten und Gremien der Wohnungs- und einer Energiewirtschaft tätig.

(schm/schi) ■

Brennpunkt Mieterschaft 2014

23. Januar 2014, Berlin

Ein Schwerpunkt dieser Tagung widmet sich der Gestaltung von Nachbarschaften. So kann zum Beispiel eine verbesserte Nachbarschaftskommunikation Wohnen attraktiver machen. Ebenfalls zeigt die Veranstaltung, welchen Wert soziales Engagement haben kann und wie dieses beispielsweise in CSR-Reports (CSR = Corporate Social Responsibility) dargestellt werden kann.

Weitere Infos: **BBA, Nico Krüger, Telefon: 030/23085521, E-Mail: nico.krueger@bba-campus.de, Internet: www.bba-campus.de/kalender**

Nachträge und Bauablaufstörungen

29. Januar 2014, Hamburg

In diesem Seminar erfahren die Teilnehmer, wie sie als Auftraggeber und als Auftragnehmer bei Bauvorhaben welche Weichen stellen müssen, damit Ansprüche ihres Betriebes durchgesetzt und unberechtigte Gegenansprüche abgewehrt werden können. Der Referent erläutert dabei unter anderem die richtige und vollständige Dokumentation.

Weitere Infos: **VNW, Sabrina Henke, Telefon: 040/52011224, E-Mail: henke@vnw.de, Internet: www.vnw.de/veranstaltungen**

Compliance

18. Februar 2014, Bochum

In diesem Seminar vermittelt der Referent, Oberstaatsanwalt Frank Winter, den Teilnehmern anhand von Beispielen aus der Praxis ein Gefühl dafür, wann regelgerechtes Verhalten aufhört und Korruption beginnt. Das Seminar gibt praxisbezogene Antworten auf diese und andere Fragen rund um das Thema Korruption und Korruptionsprävention. Die Teilnehmer erhalten dazu wertvolle und hilfreiche Hinweise, damit ihre Haftungsrisiken minimiert beziehungsweise ausgeschlossen werden können.

Weitere Infos: **EBZ, Bettina Mannel, Telefon: 0234/9447510, E-Mail: b.mannel@e-b-z.de, Internet: www.e-b-z.de**

PERSÖNLICHES

Rudolf Orlob, Vorstandsmitglied der Charlottenburger Baugenossenschaft eG, feierte am 3. Januar 2014 seinen 60. Geburtstag. Er ist Delegierter zum GdW Verbandstag sowie Mitglied im Fachausschuss Planung / Technik / Energie.

Am 5. Januar 2014 vollendete **Frank Benischke**, Geschäftsführer der Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft mbH, sein 50. Lebensjahr. Er ist Delegierter zum GdW Verbandstag sowie gewähltes Mit-

glied in der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Wohnungsunternehmen.

Matthias Herter, Vorsitzender der Geschäftsführung der meravis Wohnungsbau- und Immobilien GmbH & Co. KG, feierte am 8. Januar 2014 seinen 50. Geburtstag. Er ist Delegierter zum GdW Verbandstag sowie Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienunternehmen der Privatwirtschaft.

IMPRESSUM**WI Wohnungspolitische Informationen**

Herausgeber:
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Chefredakteurin:
Katharina Burkardt

Redaktion:
Andreas Schichel, Klaus Schrader

Anschrift der Redaktion:
Mecklenburgische Straße 57
14197 Berlin
Tel. 030 82403-151
Fax 030 82403-159
E-Mail: redaktion@wi-aktuell.de

Verlag:
Haufe-Lexware GmbH & Co. KG
Munzinger Straße 9
79111 Freiburg

Standort Hamburg
Tangstedter Landstraße 83
22415 Hamburg
Tel. 040 520103-0
Fax 040 520103-12

Aboverwaltung:
Telefon (kostenfrei) 0800 7234249
Telefax (kostenfrei) 0800 5050446
E-Mail: Zeitschriften@haufe.de

Druck: Dobler-Druck, Alfeld

Bezugspreis jährlich:
110 Euro inkl. 7 % MwSt. inkl. Versand
Erscheinungsweise wöchentlich, Abbonnements-
kündigungen sind schriftlich mit einer Frist von
6 Wochen zum Quartalsende möglich.

© by Haufe-Lexware GmbH & Co. KG
Nur Originalbeiträge. Für unverlangt einge-
sandte Manuskripte übernehmen wir keine
Haftung. Nachdruck oder elektronische Wei-
terverarbeitung von Beiträgen und Nachrichten
oder Teilen daraus nur nach schriftlicher
Genehmigung durch den Verlag gestattet.

ISSN 1610-2207

Anzeige

DR. KLEIN
DIE PARTNER FÜR IHRE FINANZEN

Konditionen am 07.01.2014 für
wohnungswirtschaftliche Finanzierungen

Zinsbindung	Sollzins	effektiv
■ 15 Jahre	2,95%	2,99% p.a.
■ 10 Jahre	2,52%	2,55% p.a.
■ 5 Jahre	1,74%	1,76% p.a.

Bedingungen:
Erststellige Grundschuld auf
wohnungswirtschaftlichen Objekten
Beleihungsauslauf 60%
Darlehensbetrag: > 250 TEUR/Objekt
Auszahlung: 100%, Tilgung: 1% p. a.
3 Monate bereitstellungszinsfrei
keine Gutachterkosten oder
Bearbeitungsgebühren

Dr. Klein-EnergieEffizienzDarlehen*: für Neubau ab ca. **2,62%** p.a. / für Modernisierung ab ca. **1,58%** p.a.
(* Vergleichszinssatz eines Annuitätendarlehens mit gleicher Laufzeit und Zahlungsströmen. Stand: 07.01.2014)

Quelle: Dr. Klein & Co. AG, Hansestraße 14, 23558 Lübeck, Tel. (0451) 1408-1200, www.drklein.de
Archiv Zinsentwicklung unter www.drklein.de/newsletterarchiv-firmenkunden.html

Zinsentwicklung bis 07.01.2014
Bestkundenkonditionen (Sollzins) der Partner von Dr. Klein

← 6 Monate →

15 Jahre
10 Jahre
5 Jahre

Juni 13 August 13 September 13 November 13 Januar 14

wi Online-Archiv

Die web-Präsenz der wi finden Sie unter www.haufe.de/immobilien in der Fußzeile unter dem Menüpunkt „Zeitschriften“.

Um das Online-Archiv der wi nutzen zu können, klicken Sie oben rechts auf „Anmelden und Produkte starten“ und geben dort Ihre E-Mail-Adresse und Ihr Passwort ein. Sollten Sie noch über kein Benutzerkonto auf www.haufe.de verfügen, können Sie unter „Neuregistrierung“ ein Konto anlegen.

Unter „meine Online Produkte starten“ – oben rechts unterhalb der Anmelde-Funktion – erscheint dann die wi. Sollte das nicht der Fall sein, wenden Sie sich bitte an das Haufe-Service-Center unter **0800-7234253** (kostenlos) und geben dort Ihre E-Mail-Adresse durch. Diese wird dann mit Ihrem Print-Abonnement der wi verknüpft – anschließend erscheint die wi als Online-Produkt in der Übersicht.

19. Februar 2014, Berlin

Verleihung des Deutschen Bauherrenpreises Neubau 2014



Wohnungsneubau in hoher Qualität zu tragbaren Kosten ist das Gebot der Stunde. Dazu liefert der Wettbewerb zum Deutschen Bauherrenpreis Neubau 2014 wichtige Anregungen. Der Preis wird als im Bereich des Wohnungsbaus wichtigste bundesweit ausgelobte Auszeichnung von der Arbeitsgruppe KOOPERATION des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, des Bundes Deutscher Architekten BDA und des Deut-

schen Städtetages vergeben. Die Verleihung findet am 19. Februar 2014 ab 18:30 Uhr im Palais am Funkturm der Messe Berlin als Gemeinschaftsaktion der drei Verbände mit dem Bund Deutscher Landschaftsarchitekten bdla im Rahmen der Bundesinitiative „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ statt.

(hung/schi) ■

➔ Eine Einladung mit Infos zur Anmeldung (bis 31. Januar 2014) finden Sie auf www.gdw.de unter „Veranstaltungen“. Die Einladung berechtigt zur kostenlosen Teilnahme von zwei Personen an der Veranstaltung und zum Besuch der bautec 2014 am 19. Februar 2014.

Recht so

Einsichtsrecht in Protokolle der Vertreterversammlung einer Genossenschaft

Mit Beschluss vom 6. November 2013 (Az.: 12 W 1484/13) hat das Oberlandesgericht (OLG) Nürnberg entschieden, dass Genossenschaftsmitglieder bei Bestehen einer Vertreterversammlung nach § 47 Absatz 4 Genossenschaftsgesetz (GenG) das uneingeschränkte Recht haben, eine Abschrift des Protokolls einer Vertreterversammlung zur Verfügung gestellt zu bekommen. Ein besonderes Rechtsschutzinteresse müsse das Mitglied für sein Verlangen nicht nachweisen, lediglich bei erkennbarem Rechtsmissbrauch könne das Abschriftsrecht ausnahmsweise versagt werden. In dem vorliegenden Fall hatte die Genossenschaft die Niederschriften der Vertreterversammlungen aus den Jahren 2009 und 2010 nicht zur Verfügung gestellt, weil der Einsichtsverlangende zu der Zeit nicht Mitglied der Genossenschaft war. ■

EXPERTENMEINUNG von RA Monika Kegel

„Die Vorschrift des § 47 Absatz 4 Satz 2 GenG wurde mit der Novelle 2006 eingeführt. Damit soll die Rechtsstellung der Mitglieder bei Bestehen einer Vertreterversammlung unter anderem dadurch gestärkt werden, dass jedem Mitglied das Recht eingeräumt wird, von der Genossenschaft (jederzeit) die Niederschrift einer Vertreterversammlung zu verlangen, um ihnen – da sie nicht persönlich an der Versammlung teilnehmen können – gleichwertige Einsichtsrechte einzuräumen. In der Kommentarliteratur blieb zum Teil offen, ob das Recht auf Abschriftserteilung auch für in der Vergangenheit stattgefundene Vertreterversammlungen gilt. Das OLG Nürnberg hat klargestellt, dass das Einsichts- und Abschriftsrecht aus § 47 Absatz 4 GenG keiner zeitlichen Befristung unterliegt. Unerheblich ist deshalb, ob die Protokollabschriften für Vertreterversammlungen, die vor Erwerb der Mitgliedschaft stattgefunden haben, oder für Versammlungen, zu deren Zeitpunkt der Einsichtsberechtigte bereits Mitglied war, verlangt werden. Das Recht auf Abschriftserteilung besteht demzufolge auch für zurückliegende Versammlungsprotokolle – allerdings nur für nach Inkrafttreten der Novelle am 18. August 2006 abgehaltene Versammlungen. Zu beachten ist, dass jegliche Niederschriften dauernd bei der Genossenschaft aufzubewahren sind, sie dürfen erst 10 Jahre nach Liquidation der Genossenschaft vernichtet werden“ ■



Foto: Sebastian Schobbert

27. Januar 2014, Berlin

Jahresempfang der deutschen Genossenschaften

Gemeinsam mit dem Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband (DGRV) veranstaltet der GdW am 27. Januar 2014 ab 18.00 Uhr im Haus der DZ Bank in Berlin den seit 2012 jährlich stattfindenden Jahresempfang der deutschen Genossenschaften. Nach der Begrüßung durch die Präsidenten der beiden genossenschaftlichen Spitzenverbände, Dr. Eckhard Ott (DGRV) und Axel Gedaschko (GdW), wird Marko Curavic, Referatsleiter (Head of Unit) in der Generaldirektion Unternehmen und Industrie der Europäischen Kommission, bei der feierlichen Abendveranstaltung als Gastredner zu den Spitzenrepräsentanten aus Politik, Wirtschaft und den genossenschaftlichen Organisationen sprechen. (wie/schi) ■

➔ Die Anmeldung zur Veranstaltung erfolgt auf Einladung.

ZAHL DER WOCHE

18

Als **18. Mitglied der Eurozone** hat Lettland am 1. Januar 2014 die europäische Gemeinschaftswährung eingeführt. Bereits seit 2004 ist die Republik Lettland Mitglied der Europäischen Union (EU). Mit einer Gesamtfläche von 64.589 Quadratkilometern ist das Land etwas kleiner als Bayern und grenzt im Norden an Estland, im Süden an Litauen und im Osten an Russland und Weißrussland. Lettland hatte nach dem letzten Zensus aus dem Jahr 2011 rund 2,3 Millionen Einwohner, davon sind mehr als 57 Prozent Letten und etwa 30 Prozent Russen. Knapp ein Drittel der Bevölkerung lebt in der Hauptstadt Riga (740.000). Über 70 Prozent des lettischen Außenhandels werden mit Ländern der EU abgewickelt. Größter Außenhandelspartner ist Litauen. Deutschland hatte 2012 einen Anteil von 11,6 Prozent an den lettischen Warenimporten und steht damit an zweiter Stelle. Andere wichtige Handelspartner Lettlands sind Russland, Estland, Schweden, Polen und Finnland.